



Antrag auf Änderung oder Aufhebung der Wohnsitzzuweisung gem. § 12a Abs. 5 AufenthG

Persönliche Angaben des Antragstellers:

Name	Vorname
Geburtsdatum und -ort	Staatsangehörigkeit
Weitere Familienangehörige	
Derzeitige Anschrift	

Gewünschter Wohnort:

--

Die Aufhebung der Wohnsitzzuweisung wird aus einem der folgenden Gründe beantragt:

Familienzusammenführung (Ehepartner/in, Lebenspartnerschaft, minderjährige Kinder)

Erforderliche Nachweise:

Ehegatte: Aufenthaltsdokumente, Meldebescheinigung, Ehenachweis

eingetragene Lebenspartner: Aufenthaltsdokumente, Meldebescheinigung, Urkunde über die eingetragene Lebenspartnerschaft

Minderjährige/s Kind/er: Aufenthaltsdokumente, Geburtsurkunde bzw. Auszug aus dem Geburtenregister des Kindes/ der Kinder, Bestallungsurkunde

Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, Lebensunterhalt sicherndes Einkommen, Ausbildungsverhältnis, Studium; berufsorientierende oder berufsvorbereitende Maßnahmen

Erforderliche Nachweise:

schriftlichen Arbeitsvertrag und Einkommensnachweis (nicht erfasst werden Minijobs und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse) oder schriftlicher Ausbildungsvertrag (Ausbildungsverhältnis) oder Immatrikulationsbescheinigung (Studium) oder Bescheinigung über die Durchführung der berufs- oder studienvorbereitenden Maßnahme. Diese muss von der entsprechenden Stelle, welche die Maßnahme durchführt bzw. durchführen wird, ausgestellt werden.

Es bestehen andere humanitäre Gründe oder integrationsrelevante Umstände für eine Zuweisung in eine bestimmte Kommune

gesundheitliche Gründe

Pflegebedürftigkeit

Psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung

sonstige Gründe (bitte angeben):

Erforderliche Nachweise:

gesundheitliche Gründe: Aufenthaltsdokumente, fachärztliches Attest bezüglich der Erkrankung mit zwingender Notwendigkeit der Zuweisung in eine bestimmte Kommune.

Pflegebedürftigkeit: Aufenthaltsdokumente, ärztliche Bescheinigung über die Pflegebedürftigkeit

psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung: Aufenthaltsdokumente, ärztliches Attest bezüglich der Erkrankung mit zwingender Notwendigkeit der Zuweisung in eine bestimmte Kommune.

Sonstiges: Die von Ihnen vorgebrachten Gründe müssen durch offizielle Dokumente oder andere geeignete Nachweise belegt werden.

Es liegt eine Einschätzung des Jugendamtes vor, dass Leistungen und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem 8. Sozialgesetzbuch nur an bestimmten Orten gewährleistet sind

Erforderlicher Nachweis:

schriftliche Einschätzung des Jugendamtes, in der die Gründe vorgebracht werden, weshalb Leistungen und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem 8. Sozialgesetzbuch nur an bestimmten Orten gewährleistet werden können.

Ein anderes Bundesland hat aus dringenden persönlichen Gründen die Übernahme zugesagt

Wenn ja, bitte Bundesland angeben: _____

Erforderlicher Nachweis:

schriftliche Zusage des anderen Bundeslandes.

Datum

Unterschrift Antragsteller/in